

HR 4.43; NR 4.44, 4.3, 2.65

Eric Toussaint

**Die Bank des Südens und die internationale Weltwirtschaftskrise. Bolivien, Ecuador, Venezuela und die Alternativen zum neoliberalen Kapitalismus**

Köln: ISP 2010; 208 S.; kart., 19,80 €; ISBN 978-3-89900-132-7

Der Autor, seines Zeichens u. a. Mitglied des Beirats des Weltsozialforums und Vorsitzender des Komitees zur Streichung der Schulden der Dritten Welt, beschreibt als den heute dominierenden Entwicklungstrend „die neoliberale kapitalistische und imperialistische Offensive“ (7). Darunter versteht er einen systematischen Angriff auf Löhne und kollektive Sicherungssysteme, um die Armen der Welt in Armut zu halten. Als Gegentendenz seien jedoch seit Ende der 90er-Jahre einzelne Staaten in Lateinamerika auszumachen. Hierin vermutet er die Chance „hin zum Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ (20). Die Weltbank und der Internationale Währungsfonds würden in einer tiefen Legitimationskrise stecken, schildert Toussaint. Beide Institutionen seien Gremien des Westens, bei denen man sich weigere, Bürger des Südens an die Spitze zu setzen. Aber auch historisch sei die Weltbank diskreditiert, sie habe Diktatoren wie Pinochet in Chile, Suharto in Indonesien oder das Apartheid-Regime in Südafrika gestützt, die Schulden der früheren Kolonialmächte „in völligem Widerspruch zu internationalen Recht“ (74) auf die neu unabhängigen Länder Afrikas übertragen und eine Politik gefördert, die in der Dritten Welt zu erheblicher Umweltzerstörung geführt habe. Der IWF fordere zudem Sparmaßnahmen, „die den Interessen der reichen Gläubiger und Großbanken dienen“ (76). Beide Institutionen gehörten abgeschafft, so ist der Autor überzeugt, denn sie würden „durch die außenpolitischen Prioritäten Washingtons bestimmt“ (39). Die Gründung der Bank des Südens im Dezember 2007 durch Argentinien, Bolivien, Brasilien, Ecuador, Paraguay, Uruguay und Venezuela stelle dementsprechend „eine Reaktion auf die Hegemonie der Länder des Nordens dar“ (193). Die Bank, die sich immer noch in der Phase der Konstitution befindet, müsse eine öffentliche Bank sein und vor allem durch die Einlagen der Mitgliedsländer finanziert werden. Anders als im Falle des IWF dürfe es auch keine Immunität geben, sondern eine Strafverfolgung müsse möglich sein. Toussaint empfiehlt jedoch als weiteren Schritt, in Richtung einer gemeinsamen Währung zu gehen. / TIL ([Autoren-Liste pw-portal](#))

Erschienen online: 24.11.10